

## **Tarifeinigung im öffentlichen Dienst: 2,7 Millionen Beschäftigte jubeln!**

Tarifparteien im öffentlichen Dienst einigten sich auf Lohnerhöhungen von 5,8% bis 2027. Details zu Verhandlungen und Forderungen.

**Potsdam, Deutschland** - Die Tarifparteien im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben sich auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Diese Einigung wurde am Sonntag, dem 7. April 2025, nach intensiven Verhandlungen in Potsdam bekannt gegeben. Der neue Tarifvertrag gilt bis zum Ende März 2027 und bringt für die über 2,7 Millionen Beschäftigten eine signifikante Lohnerhöhung.

Die Grundlage der Einigung ist ein Schlichterspruch, der eine zweistufige Lohnerhöhung von insgesamt 5,8 Prozent vorsieht. Ab dem 1. April 2025 erhalten die Beschäftigten eine lineare Erhöhung von 3 Prozent, mindestens jedoch 110 Euro monatlich. Ein weiteres Plus gibt es ab dem 1. Mai 2026 mit einer Erhöhung von 2,8 Prozent. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bewertete den Tarifabschluss als einen „guten Ausgleich in schwierigen Zeiten“, in denen nicht nur die Gehälter, sondern auch die Lebenshaltungskosten steigen.

### **Forderungen und Verhandlungen**

Die Gewerkschaften, insbesondere Verdi und der Deutsche Beamtenbund (dbb), hatten ursprünglich eine Entgelterhöhung von 8 Prozent oder mindestens 350 Euro monatlich gefordert. Die Arbeitgeberseite, vertreten durch Karin Welge von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), hatte

zunächst ein Gesamtvolumen von 5,7 Prozent angeboten, was zu spürbarem Druck und jahrelanger Forderung nach einer höheren Vergütung führte.

Die Verhandlungen sind jedoch nicht ohne Konflikte verlaufen. Die Gewerkschaften hatten für den Zeitraum von Januar bis April 2025 eine Reihe von Verhandlungsterminen angesetzt, um die Forderungen der Beschäftigten durchzusetzen. Diese beinhalteten auch eine Erhöhung der Sonderzahlungen und zusätzliche Urlaubstage für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Derzeit arbeiten die Länder jedoch separat, da sie aus der Tarifgemeinschaft mit Bund und Kommunen ausgetreten sind.

## **Künftige Perspektiven**

Mit der Einigung ist auch ein Ausblick auf die weiteren Tarifverhandlungen im Jahr 2025 verbunden. Die nächste Tarifrunde für die über 2,6 Millionen Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen beginnt am 24. Januar 2025. Geplant sind zahlreiche Verhandlungen, um die Belange der Beschäftigten auch in Zukunft zu berücksichtigen und finanzielle Lösungen zu finden, die sowohl den Arbeitnehmern als auch den Arbeitgebern gerecht werden.

Die aktuellen Tarifverhandlungen unterstreichen die Herausforderungen, mit denen die öffentliche Hand konfrontiert ist, und zeigen das Bestreben, angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen, während gleichzeitig die Anforderungen und Belastungen der Beschäftigten anerkannt werden. Die Einführung flexibler Arbeitszeiten und die Anhebung der Zulagen für Schichtarbeit sind nur einige der Schritte, die in den nächsten Tarifprozessen diskutiert werden.

Wie die Situation weiterentwickelt wird, bleibt abzuwarten, aber die vorliegende Einigung ist ein Schritt in die richtige Richtung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und zeigt die Bedeutung von Verhandlungen und Kompromissen in komplexen

Zeiten.

Für nähere Informationen zur Tarifrunde besuche **t-online** sowie **oeffentlichen-dienst.de**.

Details	
<b>Vorfall</b>	Tarifverhandlung
<b>Ort</b>	Potsdam, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.t-online.de">www.t-online.de</a></li><li>• <a href="http://www.oeffentlichen-dienst.de">www.oeffentlichen-dienst.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**